SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Ausschussdienst und
Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 141. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Oktober 2026, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Dagmar Hildebrand (CDU), in Vertretung von Peter Lehnert
Beate Nielsen (CDU), in Vertretung von Michel Deckmann
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Rasmus Vöge (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:..... Seite

1. Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des kommunalen Haushaltsrechts.....5

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE
Drucksache 20/4517
Änderungsantrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/4555
(überwiesen am 17. Juni 2026 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 20/7388

2. Gesunde Ernährung fördern, Bürgerinnen und Bürger entlasten – Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel senken.....8

Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/4309
(überwiesen am 18. Juni 2026 an den Finanzausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

3. Einführung einer Übergewinnsteuer.....9

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/4485
(überwiesen am 19. Juni 2026)

4. Steuerliche Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe einführen.....10

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/4721
(überwiesen am 28. August 2026 an den Finanzausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

5. Information/Kenntnisnahme.....11

Umdruck 20/6972 – Verwaltungsvereinbarung Kreditreferate
Umdruck 20/7035 – Verwaltungsvereinbarung Kontaktstelle Aufnahme
Umdruck 20/7051 – Großmessstationen Luftqualität
Umdruck 20/7142 – Fortschreibung von Haushaltsdaten 2026 (neu)
Umdruck 20/7169 – Haushaltsvollzug 2025 (neu)
Umdruck 20/7170 – Treibhausgasneutrale Landesliegenschaften 2040
Umdruck 20/7223 – Eigenkapitalprodukt InnoGrowth SH
Umdruck 20/7254 – Innovationsagentur Metropolregion Hamburg
Umdruck 20/7269 – Lehrkräftemangel

6. Verschiedenes.....12

7. Antrag auf Zustimmung zum Ankauf eines Grundstücks in der Gemeinde Reinfeld/Wesenberg, Nordstormannstraße.....13

Vorlage des Finanzministeriums vertraulicher Umdruck 20/7335
(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO)

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die folgenden Umdrucke im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten:

- Umdruck 20/7236 (AKN, Beteiligungsausschuss)
- Umdruck 20/7335 (Grundstückskauf)

1. Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des kommunalen Haushaltsrechts

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/4517

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
Drucksache 20/4555

(überwiesen am 17. Juni 2026 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 20/6798 (neu), 20/6821, 20/6845, 20/6859, 20/6875, 20/6882, 20/6896, 20/6898, 20/6909, 20/6910, 20/6922, 20/6923, 20/6926, 20/6937, 20/7046, 20/7120, 20/7252, 20/7350

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 20/7388

Abgeordneter Plambeck bringt den Änderungsantrag der Koalition, Umdruck 20/7388, ein.

Abgeordnete Krämer kritisiert, dass die Koalition die Verschuldungsmöglichkeiten der Kommunen mit ihrem Änderungsantrag weiter erhöhe. Wenn eine Kommune einem kommunalen Betrieb Eigenkapital zuführe, steige dessen Bonität, und das Unternehmen könne einfacher Fremdkapital am Kapitalmarkt aufnehmen statt Kredite bei der Kommune, für die die Kommune Zinszahlungen erhalte, und sich stark verschulden. Diese Möglichkeit sei gerade für

finanziell wackelige Kommunen und Unternehmen auf der einen Seite verlockend und auf der anderen Seite toxisch. Wer hoch verschuldet sei, dem erhöhe man nicht den Dispo, sondern unterstütze ihn dabei, aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Abgeordneter Brandt weist darauf hin, dass es sich um Kredite handele, die eine Kommune einem Unternehmen gewähre, die dann in wirtschaftliches Eigenkapital umgewandelt werden könnten und für die das Unternehmen Zinsen an die Kommune zahle (Mezzanine-Kapital, Genussrechtskapital). Außerdem sei die Kreditaufnahmemöglichkeit begrenzt (zehn Prozent der Bilanzsumme, Änderung von § 85 Absatz 6).

Abgeordnete Raudies begrüßt die erweiterten Kreditaufnahmemöglichkeiten der Kommunen und die Ergänzung um Schwimmstätten, kritisiert aber ebenfalls die von der Koalition beantragte Änderung von § 85 Absatz 6 als zu weitgehend, die die Begrenzungs- und Einflussmöglichkeiten der Kommune gegenüber ihren Betrieben aufhebe.

Abgeordneter Plambeck unterstreicht das Ziel, die Genehmigungsfreiheit von Kreditaufnahmen und die Eigenkapitalstärkung kommunaler Unternehmen zu ermöglichen.

Herr Dr. Badenhop, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, wirft die Frage auf, inwieweit es Bedarf für die neue gesetzliche Regelung gebe, das heiße, in wie vielen weiteren Fällen man ohne Genehmigung der Kommunalaufsicht Kredite aufnehmen könne. Außerdem stelle sich die Frage, inwieweit der Wegfall der Genehmigung einen signifikanten Mehrwert dahin bringe, dass der Gewinn an Geschwindigkeit den Verlust an Kontrolle überwiege.

Abgeordneter Brandt macht darauf aufmerksam, dass die kommunalen Unternehmen vor großen Aufgaben stünden und einen erheblichen Kapital- beziehungsweise Kreditbedarf hätten (Wärmeplanung, Abwasser, Breitband). Voraussetzung für Investitionen sei selbstverständlich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die Kreditaufnahme sei für kommunale Unternehmen bei der Kommune günstiger als auf dem Kapitalmarkt.

Abgeordneter Plambeck stellt klar, dass man durch weitere Flexibilisierung die kommunale Entscheidungshoheit stärken, Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen wolle – selbstverständlich unter Beachtung der Schuldentragfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen.

Der Vorsitzende unterstützt die Intention des Gesetzentwurfs, begrüßt die Aufnahme der Schwimmstätten in den Katalog der kommunalen Grundinfrastruktur und bedauert, dass die Koalition Bibliotheken, Frauenhäuser und Tierheime nicht mit aufnehme.

Abgeordnete Krämer wiederholt ihre Kritik, dass die Koalition mit ihrem toxischen Gesetzentwurf die Verschuldungsspirale der Kommunen weiter signifikant ankurbele und sich Ruhe im Wahljahr erkaufen wolle, anstatt für eine bessere finanzielle Grundausstattung und Aufgabenentlastung der Kommunen zu sorgen. Sie wiederholt ihre Frage aus der letzten Sitzung, inwieweit die Kreditaufnahme für Straßenbaumaßnahmen und insbesondere die Stadtbahn in Kiel durch die Gesetzesänderung genehmigungsfrei sei beziehungsweise ob sämtliche Straßenbaumaßnahmen, die für die Stadtbahn in Kiel erforderlich seien, zukünftig nicht mehr von der Kommunalaufsicht genehmigt werden müssten, sofern sie durch Kredite finanziert würden.

Abgeordneter Plambeck stellt klar, dass hinter dem Gesetzentwurf nicht die politische Absicht stecke, das Stadtbahnprojekt in Kiel voranzutreiben. Vielmehr gehe es darum, im Rahmen der kommunalen Grundinfrastruktur die Durchführung von Straßen- und Radwegebaumaßnahmen im klassischen Sinne zu finanzieren.

Abgeordnete Krämer bekräftigt abschließend noch einmal ihre Kritik am Gesetzentwurf, der ein vergiftetes Geschenk an die Kommunen sei.

Der SSW-Änderungsantrag wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Der Änderungsantrag und so veränderte Gesetzentwurf der Koalition werden mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und FDP bei Enthaltung des SSW angenommen.

2. Gesunde Ernährung fördern, Bürgerinnen und Bürger entlasten – Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel senken

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 20/4309

(überwiesen am 18. Juni 2026 an den **Finanzausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 20/6810, 20/6830, 20/6834, 20/6838, 20/6844, 20/6852, 20/6857, 20/6865, 20/6873, 20/6874, 20/6884, 20/6895, 20/6897, 20/6911, 20/6913, 20/6914, 20/6924, 20/6969, 20/6996

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den SSW-Antrag abzulehnen.

3. Einführung einer Übergewinnsteuer

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/4485

(überwiesen am 19. Juni 2026)

hierzu: Umdrucke 20/6808, 20/6831, 20/7025, 20/7049, 20/7133, 20/7154, 20/7156, 20/7174, 20/7177, 20/7181, 20/7189, 20/7190, 20/7191, 20/7195, 20/7199, 20/7220

Auf Antrag der Abgeordneten Raudies beschließt der Finanzausschuss, Anfang 2027 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 9. Oktober 2026 zu benennen.

4. Steuerliche Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe einführen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 20/4721

(überwiesen am 28. August 2026 an den **Finanzausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Finanzausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 9. Oktober 2026 zu benennen.

5. Information/Kenntnisnahme

Umdruck 20/6972 – Verwaltungsvereinbarung Kreditreferate
Umdruck 20/7035 – Verwaltungsvereinbarung Kontaktstelle Aufnahme
Umdruck 20/7051 – Großmessstationen Luftqualität
Umdruck 20/7142 – Fortschreibung von Haushaltsdaten 2026 (neu)
Umdruck 20/7169 – Haushaltsvollzug 2025 (neu)
Umdruck 20/7170 – Treibhausgasneutrale Landesliegenschaften 2040
Umdruck 20/7223 – Eigenkapitalprodukt InnoGrowth SH
Umdruck 20/7254 – Innovationsagentur Metropolregion Hamburg
Umdruck 20/7269 – Lehrkräftemangel

Bei Umdruck 20/7254 plädiert Abgeordnete Herdejürgen dafür, die Innovationsagentur Metropolregion Hamburg GmbH innerhalb der Metropolregion anzusiedeln, und bittet darum, das Thema auf die Tagesordnung der Finanzausschusssitzung am 29. Oktober 2026 zu setzen. In dieser Sitzung soll ebenfalls die Neufassung von Umdruck 20/7142 (Fortschreibung von Haushaltsdaten) behandelt werden. Die übrigen Umdrucke nimmt der Finanzausschuss zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

- 26., 28., 30. Oktober, 2. und 5. November 2026: ganztägige Haushaltsberatungen
- 29. Oktober 2026
- 19. November 2026: ganztägig Nachschiebeliste
- 26. November 2026 (Vorlage der Fraktionsanträge zum Haushalt)
- 3. November 2026 (Beschlussfassung über den Haushalt)
- 17. Dezember 2026: Beteiligungsausschuss

7. Antrag auf Zustimmung zum Ankauf eines Grundstücks in der Gemeinde Reinfeld/Wesenberg, Nordstormannstraße

Vorlage des Finanzministeriums
vertraulicher Umdruck 20/7335

(nicht öffentlich und **vertraulich** gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO)

Dieser Tagesordnungspunkt wird von 11:00 bis 11:10 Uhr in vertraulicher Sitzung beraten (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Christian Dirschauer Vorsitzender	gez. Ole Schmidt Geschäfts- und Protokollführer